

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

15. September 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 08.09.14 wurden der Polizeichef des Distrikts Arghistan der südlichen Provinz Kandahar und zwei seiner Personenschützer bei einem Selbstmordanschlag getötet und sechs Polizisten verletzt. In der nordöstlichen Provinz Badakhshan (Distrikt Baharak) kamen sechs afghanische Soldaten bei einem Bombenanschlag um. Im Distrikt Maqur der westlichen Provinz Badghis ermordeten Unbekannte einen Stammesältesten. In der nördlichen Provinz Kunduz wurden bei Gefechten zehn Aufständische getötet. In der westlichen Provinz Farah starben zwei Zivilisten als ihr Haus von einer Mörsergranate getroffen wurde. In der östlichen Provinz Kunar kamen zwei Zivilisten durch Raketenbeschuss aus Pakistan um, sechs weitere Zivilisten wurden verletzt.

Am 09.09.14 griffen Aufständische einen Polizeiposten an der Grenze zwischen den östlichen Provinzen Nuristan und Kunar an. Zwei Angreifer wurden getötet. Bei Gefechten und Luftangriffen im Distrikt Mohammad Agha der zentralafghanischen Provinz Logar starben mindestens 16 Aufständische. In der westlichen Provinz Badghis wurden bei einem Hinterhalt ein Agent des afghanischen Geheimdienstes getötet und fünf verletzt. Im östlichen Ghazni erschossen Unbekannte im Distrikt Maqur einen Stammesältesten.

Bei einem Luftangriff der NATO auf Taliban wurden am 10.09.14 im Distrikt Narang der ostafghanischen Provinz Kunar 14 Zivilisten getötet und 13 Menschen verletzt. Ebenfalls in der Provinz Kunar brannten Taliban die Häuser von sieben Polizisten nieder und nahmen ein Dutzend Zivilpersonen als Geiseln. Eine einmonatige Militäroperation im Distrikt Chahar Dara der nordöstlichen Provinz Kunduz endete mit 130 gefallenen Taliban-Kämpfern.

Am 11.09.14 wurde ein Anschlag auf den Chef des Amtes für Pilgerfahrten und religiöse Angelegenheiten in der südlichen Provinz Uruzgan verübt.

Am 13.09.14 kamen nach unbestätigten Berichten bei einem US-Drohnenangriff nahe der Ortschaft Komal in der Provinz Paktia sieben Dschihadisten, darunter zwei Kommandeure der mit al-Qaida verbundenen Badr Mansoor Gruppe, ums Leben. Nach Angaben von Einwohnern des Distrikts Watapur in der Provinz Kunar vom 14.09.14 wurde Mullah Basir, ein hochrangiger Kommandeur der Taliban, bei einem Drohnenangriff getötet.

Regierungsbildung

Auch nach mehreren internationalen Vermittlungsversuchen konnte keine Einigkeit zwischen den Präsidentschaftskandidaten Abdullah Abdullah und Ashraf Ghani erzielt werden.

Pakistan

Sicherheitslage

Die Luftwaffe griff am 10.09.14 fünf Taliban-Verstecke in der Grenzregion zu Afghanistan an. Dabei sollen 65 Taliban getötet worden sein. In der Region Bajaur der nordwestlichen Stammesgebiete wurde ein Polizist erschossen, der ein Polio-Impfteam beschützen sollte. Die Taliban greifen regelmäßig Impfteams an. Seit Dezember 2012 wurden 58 Helfer und Polizisten ermordet.

Mutmaßliche Attentäter verhaftet

Nach Angaben der Armee wurden im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Kinderrechtsaktivistin Malala Yousafzai, bei dem sie im Oktober 2012 lebensgefährlich verletzt worden war, zehn Verdächtige festgenommen.

Flutkatastrophe

Bei Überschwemmungen nach schweren Regenfällen im Himalaya kamen in der Provinz Punjab und im pakistanischen Teil Kaschmirs bisher etwa 280 Menschen ums Leben. Auch die Region Gilgit-Baltistan ist von den Fluten betroffen. Zahlreiche Ortschaften Pakistans sind von der Außenwelt abgeschnitten. Mehr als zwei Millionen Menschen sollen aus Punjab und Sindh geflohen sein.

Irak

Neue Regierung vereidigt

Die neue irakische Regierung unter Ministerpräsident Haidar al-Abadi wurde am 08.09.14 vereidigt. Die Stellen für das Innen- sowie das Verteidigungsressort wurden noch nicht vergeben. Abadi habe sich eine Woche Bedenkzeit erbeten. Er selbst leitet bis dahin diese Ressorts kommissarisch. Der Ministerpräsident ernannte Hoshjar Zebari (Kurde), Salih al Mutlaq (säkularer Sunnit) und Baha Arraji (Schiit) zu seinen Stellvertretern. Das Ölministerium übernimmt Adel Abdul Mahdi (Schiit). Das Außenministerium wird künftig von Ibrahim al-Jaafari (Schiit) geleitet, das Finanzministerium von Rowsch Shaways (Kurde). Zur Sitzung seien 289 von 328 Abgeordneten erschienen.

Anzahl der IS-Kämpfer

Nach Angaben des US-Geheimdienstes CIA sollen mittlerweile bis zu 31.500 Islamisten für die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Irak und Syrien kämpfen. Bisher sei der US-Geheimdienst von mindestens 10.000 Kämpfern ausgegangen.

Syrien

Rebellenführer der Ahrar al-Sham durch Explosion getötet

Nach Informationen der „Islamischen Front“, einem Zusammenschluss von mehreren islamistischen Rebellorganisationen, darunter der Ahrar al-Sham, wurden bei einem Bombenattentat am 09.09.14 in Ram Hamdan (Provinz Idlib, Norden), bei einem Treffen von über 50 religiösen und militärischen Anführern der Rebellengruppe Ahrar al-Sham mehr als 30 Aufständische getötet, darunter der Chef Hassan Abud. Ahrar al-Sham – sie vertritt eine ähnliche Ideologie wie der Islamischer Staat, ist jedoch mit ihm verfeindet – erklärte Haschim al-Scheich zu ihrem neuen Führer und Abu Saleh Tahan zum neuen Militärführer. Wer für den Anschlag verantwortlich ist, ist bislang unklar.

USA will IS auch in Syrien angreifen

Der amerikanische Präsident Obama kündigte am 10.09.14 an, künftig auch in Syrien mit Luftangriffen gegen die IS-Miliz vorzugehen. Außerdem solle die Opposition mehr militärische Unterstützung erhalten. Die USA wollen mit einer breiten Koalition von ausländischen Partnern die Finanzquellen der IS austrocknen und den Zustrom von Kämpfern aus Europa und den USA in die Krisenregion stoppen. Außenminister John Kerry will dazu in den nächsten Tagen durch den Mittleren Osten und Europa reisen. Die syrische Regierung warnte die USA vor eigenmächtigen Angriffen. Auch Russland ist gegen Luftangriffe der USA.

IS ermordet britischen Entwicklungshelfer

Der Islamische Staat enthauptete den britischen Entwicklungshelfer Davis Haines, der 2013 in der Nähe eines Flüchtlingslagers in Atmeh (Syrien) entführt worden war.

Libanon

Flüchtlingslager für Syrer

Seit dem Beginn des syrischen Bürgerkriegs im März 2011 hat der Libanon über eine Million syrische Flüchtlinge aufgenommen. Bisher waren die Maßnahmen zur Aufnahme improvisiert. Jetzt sollen zwei Flüchtlingslager für je 10.000 Menschen eingerichtet werden, wie der libanesischer Sozialminister Raschid Derbas am 11.09.14 bekannt gab. Viele Libanesen sind gegen die Errichtung der Lager, da sie befürchten, die Syrer würden im Libanon sesshaft werden.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Israelische Elitesoldaten lehnen Dienst in besetzten Gebieten ab

43 israelische Elitesoldaten, die für elektronische Überwachung zuständig sind, lehnen in einem Brief an Ministerpräsident Netanjahu den Dienst in den besetzten Gebieten ab, da dadurch die Rechte von Millionen Menschen verletzt würden. Sie kritisieren auch den Ausbau der jüdischen Siedlungen im Westjordanland. Unklar ist, ob sie sich in Zukunft speziellen Befehlen verweigern oder gar nicht mehr zum Dienst erscheinen wollen. In beiden Fällen drohen Haftstrafen.

Jemen

Einigung mit Houthi-Rebellen

Nach wochenlangen Protesten einigte sich die jemenitische Staatsführung mit den schiitischen Regierungsgegnern, den Houthi-Rebellen, darauf, dass innerhalb von 48 Stunden ein neuer Regierungschef eingesetzt und die Erhöhung der Benzinpreise rückgängig gemacht wird. Die 30.000 Houthi-Rebellen wollen ihr Protestlager in Sanaa auflösen und ihre Kämpfer aus der Stadt abziehen. Die Rebellen hatten seit Anfang August für den Rücktritt der sunnitisch dominierten Einheitsregierung, der sie nicht angehörten, demonstriert. Bereits Anfang September hatte Präsident Abd Rabbo Mansur Hadi die Umbildung der Regierung angekündigt und die Aufnahme von Houthi-Rebellen sowie von Vertretern einer südjemenitischen Separatistenbewegung ins Kabinett angeboten.

Türkei

Internetgesetz

Das türkische Parlament verabschiedete am 10.09.14 eine weitere Änderung im Internetgesetz, wonach die staatliche Internetbehörde (TIB) künftig Websites unter Hinweis auf die „Gefährdung der nationalen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung“ ohne Gerichtsbeschluss sperren kann. Internetanbieter müssen eine Weisung der TIB zur Sperrung einer Website innerhalb von vier Stunden umsetzen. Erst danach muss sich die Behörde die Sperrung gerichtlich bestätigen lassen. Das neue Gesetz sieht zudem eine Vorratsspeicherung direkt bei der TIB für bis zu zwei Jahren vor. Diese hat die Daten auf richterliche Anordnung an die Sicherheitsbehörden weiterzugeben.

Die Regierung hatte das Internetgesetz bereits im Februar 2014 verschärft. Seitdem müssen Internetanbieter Nutzerdaten zwei Jahre lang aufbewahren und sie bei Bedarf im Einzelfall an staatliche Behörden weitergeben. Nach der Verbreitung von Korruptionsvorwürfen gegen die Regierung waren im Frühjahr die Zugänge zu den Internetplattformen Twitter und YouTube vorübergehend gesperrt worden. Das Verfassungsgericht hob die Sperren wieder auf.

Libyen

Parlament tagt auf Autofähre

Laut Pressemeldung vom 09.09.14 tagt das neue, im August gewählte Parlament aus Sicherheitsgründen für unbestimmte Zeit auf der griechischen Autofähre „Elyros“. Seit zwei Wochen liefert sich das neue Parlament einen Machtkampf mit dem alten, in dem islamistische Strömungen die Mehrheit hatten. Bisher tagte das neue Parlament in Tobruk, im Osten des Landes.

Qatar/Ägypten

Qatar hat sieben führende Mitglieder der Muslimbruderschaft, darunter Generalsekretär Mahmud Hussein, ausgewiesen. Dies erfolgte anscheinend auf Druck verschiedener Golfstaaten hin. Aus Kairo verlautete, die Muslimbrüder hätten Qatar in Richtung Großbritannien verlassen, weil dies kein Auslieferungsabkommen mit Ägypten habe.

Zentralafrikanische Republik

Offizieller Beginn der UN-Friedensmission

Die UN-Friedensmission MINUSCA (Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation en République centrafricaine) beginnt offiziell ab dem 15.09.14. Vorerst hat sie ein Mandat für sechs Monate. MINUSCA löst die Mission MISCA (Mission internationale de soutien à la Centrafrique sous conduite africaine) der Afrikanischen Union ab, deren Soldaten mehrheitlich nun unter UN-Führung im Lande bleiben und von Blauhelmen aus Pakistan, Indonesien, Bangladesch und Marokko unterstützt werden sollen. Geplant ist, die derzeit insgesamt fast 7.600 MINUSCA-Truppen auf etwa 12.000 Soldaten und Polizisten aufzustocken.

Nigeria

Angriff der Boko Haram auf Maiduguri befürchtet

Man erwartet einen baldigen Angriff der islamistische Terrororganisation Boko Haram auf Maiduguri, nachdem diese seit Anfang August 2014 ihre Strategie auf Geländegewinne ausgerichtete und eine Reihe von Städten nördlich, südlich und östlich von Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno mit ein bis zwei Millionen Einwohner, davon viele Flüchtlinge) eingenommen hat. Am 12.09.14 griffen Kämpfer der Boko Haram am frühen Morgen die Stadt Konduga (rund 35 km südöstlich von Maiduguri) an. Die Armee schlug den Angriff zurück. Über 100 Terroristen sollen getötet worden sein.

Bereits am 01.09.14 hatten Boko Haram-Kämpfer Bama attackiert (rund 70 km von Maiduguri, zweitgrößte Stadt des Bundesstaates Borno). Nach heftigen Kämpfen mit Regierungstruppen konnten sie die Stadt am 02.09.14 einnehmen. Am selben Tag wurde von Boko Haram in Borno ohne Gegenwehr die Stadt Banki an der Grenze zu Kamerun besetzt.

Flüchtlinge aus den von Boko Haram eroberten Ortschaften berichteten von einer Vielzahl durch die Terroristen getöteter Zivilisten.

Boko Haram besetzte Städte in Adamawa und Yobe

Im Bundesstaat Adamawa besetzten Kämpfer der Boko Haram am 07.09.14 die bedeutende Handelsstadt Michika (Verwaltungssitz der gleichnamigen Local Government Area, LGA). Laut Angaben eines geflüchteten Einwohners sollen etwa 100 Menschen von Boko Haram getötet worden sein. Bereits am 04.09.14 hatten die Terroristen in Adamawa die Stadt Gulak (Madagali LGA) eingenommen. Im Bundesstaat Yobe wurde am 02.09.14 von Boko Haram kampflös die Stadt Bara (Verwaltungssitz der Gulani LGA) besetzt.

Heftige Kämpfe in Borno und Adamawa

Derzeit versuchen die nigerianischen Streitkräfte unter Einsatz der Luftwaffe die in Borno und Adamawa eingenommenen Städte und Dörfer zurückzuerobern. Meldungen des Militärs, das u.a. Bama rückerobert

haben will, widersprachen laut Pressemeldungen vom 11.09.14 sowohl der Ältestenrat von Borno (Borno Elders' Forum) als auch der „Shehu von Bama“, der traditionellen Führer der Stadt.

WHO befürchtet Ebola-Ausbreitung in Port Harcourt

Laut Angaben des nigerianischen Gesundheitsministers vom 10.09.14 sind in Nigeria 19 Ebola-Fälle bestätigt, davon 15 in der Handelsmetropole Lagos und vier in der Hafenstadt und Ölmetropole Port Harcourt im Südosten. Sieben Personen sind bisher gestorben, davon fünf in Lagos und zwei in Port Harcourt. Während in Lagos noch 16 von ehemals 350 Personen unter Beobachtung stehen, sind dies in Port Harcourt fast 500. Der Ebola-Ausbruch in Port Harcourt habe nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom 03.09.14 das Potenzial, sich schneller zu verbreiten als die Welle von Ebola-Erkrankungen in Lagos. Dorthin kam das Virus mit einem Mann, der aus Liberia kommend am 20.07.14 über den Flughafen einreiste und wohl einen Arzt infizierte.

DR Kongo

Laut Angaben der Weltgesundheitsorganisation vom 10.09.14 wurden 31 neue Ebola-Fälle zwischen dem 02. und 09.09.14 registriert. Damit hat sich die Zahl der Infizierten innerhalb einer Woche auf 62 – davon 14 bestätigte, 26 wahrscheinliche und 22 vermutete Fälle – verdoppelt. Insgesamt sind bisher 35 Personen an der Krankheit gestorben. Alle Fälle beschränken sich auf den Sektor Jera (Djera) im Territorium Boende (Distrikt Tshuapa, Provinz Equateur), wo Bewohner der Dörfer Watsi Kengo, Lokolia, Boende und Boende Muke betroffen sind. Boende liegt etwa 400 km Luftlinie östlich von der Provinzhauptstadt Mbandaka und 1.200 km entfernt von Kinshasa.

Westafrika

Zahl der Ebola-Toten auf rund 2.300 gestiegen

Nach Angaben der WHO vom 09.09.14 ist die Zahl der Ebola-Toten auf rund 2.300 gestiegen. Mehr als die Hälfte der Fälle (über 1.200 bei über 2.000 Infizierten) wurde in Liberia verzeichnet. Das Virus habe bereits 14 der 15 Regionen des Landes erreicht. In Guinea seien rund 550 Todesfälle verzeichnet worden, in Sierra Leone rund 500. In Nigeria seien bislang mindestens acht Menschen an der Krankheit gestorben. In der DR Kongo hat sich die Zahl der Infizierten auf 62 erhöht, mit 35 gemeldeten Todesfällen. Insgesamt seien seit März über 4.300 Ebola-Fälle registriert worden, darunter auch drei in Senegal. Die WHO geht davon aus, dass sich der Virus weiter stark verbreiten wird.

Kamerun

Soldaten töten über 100 Boko-Haram-Kämpfer

Laut Angaben eines kamerunischen Regierungssprechers vom 08.09.14 feuerte Boko Haram am 06.08.14 zwei Granaten auf die Stadt Fotokol (Region Extrême-Nord) an der Grenze zu Nigeria ab. Hierauf antworteten die kamerunischen Streitkräfte mit Mörserbeschuss. Über 100 Kämpfer der Boko Haram wurden getötet, darunter zwei Tuaregs. Boko Haram musste daraufhin ihre Stellungen etwa sieben Kilometer in Richtung der nigerianischen Grenzstadt Gamboru Ngala zurückverlegen. Diese war von Boko Haram Ende August 2014 erobert worden. Bereits am 02.09.14 hatte das kamerunische Verteidigungsministerium bekannt gegeben, dass Soldaten über 40 Boko-Haram-Kämpfer beim Versuch, die nigerianisch/kamerunische Grenze über die Brücke bei Fotokol zu passieren, getötet hätten.

Uganda

Sicherheitskräfte haben nach eigenen Angaben am 13.09.14 einen größeren Anschlag vereitelt und Sprengstoff sichergestellt. Mehrere Verdächtige, die einer islamischen Terrorgruppe angehören sollen, seien inhaftiert worden.

Die amerikanische Botschaft warnte zuvor alle US-Bürger im Land davor, ihre Häuser zu verlassen bzw. riet, sich an einen sicheren Ort zu begeben. Mitglieder der somalischen al-Shabaab-Miliz hätten einen Anschlag geplant, jedoch sei das Ziel nicht bekannt, so die Botschaft am 13.09.14 auf ihrer Website. Nachdem der Miliz-Anführer Ahmed Abdi Godane vor kurzen bei einem US-Luftangriff getötet worden war, hatten die USA bereits vor Racheakten der mit al-Qaida verbündeten al-Shabaab gewarnt.

Laut Augenzeugen patrouillierten am 14.09.14 schwer bewaffnete Sicherheitskräfte durch die Hauptstadt. Aus Polizeikreisen verlautete, weitere Einsätze gegen die Islamisten seien im Gang.

Somalia

Anschläge nahe Mogadischu

Bei zwei Selbstmordanschlägen innerhalb einer Stunde auf einen Konvoi der AMISOM sowie einen Konvoi der somalischen Sicherheitskräfte starben am 08.09.14 südwestlich von Mogadischu mindestens zwölf Zivilisten in einem Kleinbus. Zwölf Personen sollen verletzt worden sein, darunter zwei Soldaten. Zu den Anschlägen bekannte sich die al-Shabaab, die nach dem Tod ihres Führers Godane durch einen von Frankreich unterstützten Luftangriff der USA Racheakte angekündigt hatte (vgl. BN v. 08.09.14).

Missbrauchsvorwürfe gegen AMISOM-Soldaten

Ein Bericht, den die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) am 08.09.14 veröffentlichte, dokumentiert Fälle von sexuellem Missbrauch an somalischen Frauen und Mädchen durch Soldaten der AMISOM auf zwei Stützpunkten in Mogadischu seit 2013. Die Soldaten sollen u.a. mit Hilfe somalischer Dolmetscher Frauen, die um ärztliche Hilfe oder Wasser baten, vergewaltigt oder auf andere Weise sexuell genötigt haben. Dem Bericht liegen Aussagen von 21 Frauen und Mädchen zugrunde, die angaben, von burundischen oder ugandischen Soldaten sexuell missbraucht worden zu sein. HRW fordert die Afrikanische Union auf, die Staaten, die für AMISOM Truppen stellen, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Afrikanische Union verwarf sich gegen den Bericht. Er sei nicht repräsentativ für die Friedenstruppen und verunglimpfe deren Einsatz. Außerdem sei die Anzahl der Fälle für Verallgemeinerungen zu gering. Sie werde jedoch wegen der Vorwürfe ermitteln. Gleiches kündigten die somalischen Behörden an.

Kenia

Deutsche unter Terrorverdacht festgenommen

Wie vergangene Woche bekannt wurde, nahmen kenianische Sicherheitskräfte bereits am 29.08.14 zwei deutsche Staatsangehörige unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in der islamistischen Miliz al-Shabaab fest. Aufgrund von Informationen kenianischer Stellen wurden am 06.08.14 am Flughafen Frankfurt drei weitere Deutsche festgenommen. Sie werden laut Bundesanwaltschaft ebenfalls verdächtigt, Mitglieder der al-Shabaab zu sein sowie eine schwere staatsgefährdende Gewalttat vorbereitet zu haben. Allerdings gebe es keine Hinweise auf konkrete Anschlagplanungen oder -vorbereitungen. Einem Medienbericht vom 14.09.14 zufolge sollen die drei in Frankfurt Festgenommenen einer extremistischen Bonner Gruppe namens „Deutsche Schabab“ angehört haben. Ein Dutzend ihrer Mitglieder sei 2012/2013 nach Ostafrika ausgewandert.

Ukraine

Militär und Separatisten tauschen Gefangene aus

Teil der am 05.09.14 vereinbarten Waffenruhe im Konfliktgebiet in der Ostukraine war auch der Austausch von Gefangenen. Wegen fehlender Absprachen verzögerte sich dieser mehrfach. Nun haben am 14.09.14 das Militär und prorussische Separatisten nach zähen Verhandlungen in der Ostukraine je 73 Gefangene ausgetauscht. Die Übergabe habe etwa 60 Kilometer südlich der Großstadt Donezk stattgefunden, meldeten russi-

sche Agenturen am 14.09.14 unter Berufung auf die Separatisten. Hunderte Männer sollen noch in Gefangenschaft sein.

Auch wenn die Waffenruhe brüchig bleibt, ließen die Kämpfe stark nach. Für Verletzungen der Waffenruhe gab die ukrainische Regierung am 14.09.14 den prorussischen Kräften die Schuld, die damit den Friedensprozess gefährdeten.

Russische Föderation

Kremlpartei festigt Spitzenposition bei Regionalwahlen

Die Kremlpartei Geeintes Russland hat, bei den von Fälschungsvorwürfen überschatteten Regionalwahlen, nach Angaben der Wahlkommission fast überall ihre Spitzenposition gefestigt. Auch auf der im März 2014 gegen internationalen Protest von Russland annektierten Schwarzmeerhalbinsel Krim wurde gewählt. Laut Wahlleitung stimmten dort mehr als 70 % für die Kremlpartei. Der Westen erkennt die Wahl nicht an.

Bei der größten Regionalwahl seit 1991 waren am 14.09.14 insgesamt 75 Mio. Wähler aufgerufen, 30 Regionalgouverneure, 14 Regionalparlamente, drei Bürgermeister und tausende Gemeindeversammlungen zu wählen. In der Hauptstadt Moskau wurde das Stadtparlament gewählt, in Sankt Petersburg, der zweitgrößten Stadt des Landes und Heimat des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der Gouverneur. Für die Kremlpartei Geeintes Russland galten die Gouverneurs- und Kommunalwahlen als wichtiger Stimmungstest für Putins Politik in Krisenzeiten.

In Moskau schafften bei der Abstimmung diesmal insgesamt vier kremltreue Parteien den Einzug ins Stadtparlament. Bisher waren nur Geeintes Russland und die Kommunistische Partei vertreten. Je einen Sitz erhielten diesmal die ultranationalistische Liberaldemokratische Partei von Wladimir Schirinowski und die Partei Rodina (Heimat). Die gemäßigte Oppositionspartei Jabloko scheiterte erneut knapp und beklagte massive Verstöße während der Abstimmung.

Die unabhängige Organisation Golos listete landesweit Verletzungen der Wahlgesetze auf. So hätten die Behörden zahlreiche Wähler mehrfach abstimmen lassen. Andere Beobachter beklagten, in manchen Stimmlokalen hätten schon vor deren Öffnung mehrere gefüllte Wahlurnen bereitgestanden. Die Zentrale Wahlleitung in Moskau sprach von „unbedeutenden Vorfällen“. Kremlgegner kritisierten die Abstimmung als „Farce“. Die Wahlbeteiligung lag nach Angaben der Wahlleitung auf der Krim bei rund 45 %, in Moskau bis zum Abend des 14.09.14 bei rund 18 %.

Indien

Gericht beendet Diskriminierung bei hinduistischen Begräbnisriten

Nach einem Urteil des höchsten Gerichts im nordindischen Bundesstaat Rajasthan dürfen die staatlichen Krematorien Leichen nicht mehr nach Kasten getrennt einäschern. Das Gericht in Jaipur hat die Behörden aufgefordert, keine Unterschiede mehr zwischen Leichen verschiedener Bevölkerungsgruppen zu machen. Laut Verfassung ist es untersagt, jemanden wegen seiner „Religion, Rasse, Kaste, seines Geschlecht oder des Geburtsorts“ zu diskriminieren. Bislange gibt es für jede Kaste separate Anlagen für Feuerbestattungen oder Verbote, wonach Tote bestimmter Kasten nicht in bestimmten Krematorien verbrannt werden dürfen.

China

Attentäter von Kunming verurteilt

Ein Gericht in Kunming (Provinz Yunnan) verurteilte am 12.09.14 drei im Zusammenhang mit einem Anschlag in Kunming Angeklagte zum Tode. Sie wurden beschuldigt, den Anschlag geplant zu haben, bei dem am 01.03.14 Angreifer am Bahnhof von Kunming wahllos etwa 30 Personen mit Messern und Beilen getötet hatten (vgl. BN v. 03.03.14). Eine Angeklagte wurde wegen der Beteiligung am Anschlag zu lebenslanger Haft verurteilt.